

Gebührenfrei gemäß § 72
des Zivildienstgesetzes

....., am,
Ort Datum

Antrag

auf Zuerkennung von Familienunterhalt und Wohnkostenbeihilfe gemäß § 34 des Zivildienstgesetzes
in Verbindung mit Abschnitt des Heeresgebührengesetzes.

An

.....
Wohnsitzgemeindeamt

Ich,, geb. am.....,
wh. in, bin
auf Grund des Zuweisungsbescheides der Zivildienstverwaltungs Ges.m.b.H., Paulanergasse 7-9,
1040 Wien, Zl., vom, zur Ableistung des Zivildienstes
dem Rechtsträgerder Einrichtung
in abauf die Dauer von
Monaten zugewiesen worden.

Meine Sozialversicherungsnummer lautet :.....

Gemäß § 34 des Zivildienstgesetzes in Verbindung mit dem V. Abschnitt des
Heeresgebührengesetzes stelle ich den Antrag auf Zuerkennung des Familienunterhaltes *) und der
Wohnkostenbeihilfe *) für

a) meine nicht getrennt lebende Ehefrau
geborene, geb. am,
wohnhaft in

b) folgende zum Haushalt gehörige oder im Haushalt lebende unterhaltsberechtigte Personen:
....., geb. am,
wh. in
....., geb. am,
wh. in

- c) folgende nicht unter lit. a u. b. fallende unterhaltsberechtigte Personen:
- , geb. am,
wh. in
-, geb. am,
wh. in

Vor Antritt des Zivildienstes war (bin) ich beschäftigt bei:

.....

Name und Anschrift des Arbeitgebers

Ich beantrage als Bemessungsgrundlage für den Familienunterhalt

1/3 des Nettoeinkommens der letzten 3 Monate (13 Wochen, 90 Tage)

1/12 des Nettoeinkommens der letzten 12 Monate (52 Wochen, 365 Tage)

vor Ausstellung des Zuweisungsbescheides heranzuziehen.

Ich beantrage den Familienunterhalt und die Wohnkostenbeihilfe für die Benutzung der eigenen

Wohnung auf das Konto-Nr. bei

(Kreditinstitut), lautend auf(Kontoinhaber) zu überweisen.

- 1)* Ich bin Empfänger von Lohn* , Gehalt* , Rente* , Arbeitslosengeld* , Notstandshilfe* und werde nicht zur Einkommenssteuer veranlagt.
- 2)* Vor Antritt des Zivildienstes stand ich in schulischer Ausbildung - Inskriptionsbestätigung bzw. Bestätigung der Schule beischließen.
- 3)* Ich bin im Familienbetrieb ohne Dienstnehmereigenschaft hauptberuflich tätig - Einkommen €
- 4)* Ich werde zur Einkommensteuer veranlagt und lege den rechtskräftigen Einkommensteuerbescheid für das vergangene Jahr bei.
- 5)* Ich werde zur Einkommensteuer veranlagt, besitze aber für das vergangene Jahr noch keinen rechtskräftigen Einkommenssteuerbescheid. Über das im letzten Jahr (Steuerjahr) einbekannte Einkommen lege ich die Bestätigung des Finanzamtes vor.
- 6)* Während des Zivildienstes bleibt mir ein monatliches Einkommen von €
- 7)* Ich bin Hauptmieter*) Untermieter*) in
Die Wohnung besteht aus:

Vorzimmer	Schlafzimmer	Garage
Küche	Abstellraum	sonstige Räume
Wohnzimmer	Balkon/Loggia	

Gesamtausmaß des Bestandsobjektesm².

Die monatliche Miete sowie die Betriebskosten betragen hierfür laut beiliegendem (r) Mietvertrag (Eidesstattlicher Erklärung) €.....

Aus dem Mietvertrag bzw. der Eidesstattlichen Erklärung müssen ersichtlich sein:

- a) Höhe der Miete
- b) Betriebskosten – aufgeschlüsselt: (soweit diese nicht als Bestandteil des Mietvertrages als Pauschale in der Miete enthalten sind)
 - aa) Anteilige Heizkosten einer gemeinschaftlichen Zentralheizung
 - bb) anteilige Kosten für die Beleuchtung von Gemeinschaftseinrichtungen (z.B: Stiegenhausbeleuchtung)
 - cc) anteilige Rauchfangkehrergebühren
 - dd) anteilige Kosten der Feuer- und Haftpflichtversicherung für das Haus
 - ee) Grundgebühr für Strom und Gas (nur die Zählermiete u. Messkosten – Stromabrechnung wäre vorzulegen)
 - f f) Grundgebühr für ein eigenes Telefon (Nachweis!)
- c) Rückzahlung von Darlehen, die zur Schaffung des jeweiligen Wohnraumes aufgenommen wurden (entsprechende Unterlagen beibringen).

8)* Meine Ehegattin ist bei
beschäftigt und hat nachstehendes Einkommen (Einkommensnachweis) : €.....

Meine Gattin bezieht sonstige Einkommen (Karenzgeld, Wochengeld)
€..... (Einkommensnachweis).

9)* Ich beziehe vom Land OÖ. eine Mietzins- oder Wohnbeihilfe in Höhe von
€..... (Zuerkennungsschreiben beschließen).

An weiteren Unterlagen schliesse ich bei:

Heiratsurkunde*) – Geburtsurkunde*) des (der) Kinder*) – Vaterschaftsanerkenntnis*) –
Mietvertrag (Eidesstattliche Erklärung)*

Es ist mir bekannt, dass unwahre und unvollständige Angaben als Verwaltungsübertretung mit Geld bis zu € 218,02 oder mit Arrest bis zu einem Monat bestraft werden, sofern diese Tat nach den geltenden Gesetzen nicht strenger zu bestrafen ist.

Beilagen:

.....

Unterschrift

*) Nicht zutreffendes streichen !